

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtabonnementsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifner Straße 32. IV., Volkshaus
Telephon 7002.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Zeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 10. **Sonnabend, den 4. März 1916.** 20. Jahrgang.

Pariffbewegung, Steuerzulagen unterm Burgfrieden.

Von den großen Tarifbewegungen, die für das Frühjahr 1916
zu erwarten waren, sind bisher zwei erledigt. Im Holzgewerbe einigte man
sich schon im vergangenen Herbst auf eine Verlängerung der ab-
laufenden Verträge, indem man beiderseits von einer Abmilderung
abstand nahm. Die Vertragsbestimmungen einschließlich der Lohn-
steuern unangetastet, so daß sie nicht durch örtlich
erweiterte Steuerzulagen eine Milderung
erfahren hätten. Für das Holzgewerbe fanden im Januar
Verhandlungen statt, die ebenfalls zur Verlängerung der bestehen-
den Verträge führten. Hier aber unter Vereinbarung von Steuerzulagen
von 5 bis 6 Pfg. auf die bisher
üblichen Sündenlöhne. Das Verhandlungsergebnis har-
tet auf die Zustimmung der beteiligten Organisationen. Die Gehilfen-
verbände werden das Ergebnis voraussichtlich annehmen, während
von den Unternehmern Schwierigkeiten zu erwarten sind.

Neuellen an der Bewegung der Löhne des Lebensunterhalts sind
diese Ergebnisse völlig unangenehm.

Aus haben auch die Organisationen des Baugewerbes über die
Verlängerung des bestehenden und am 31. März ablaufenden Ver-
trages verhandelt. Wie bereits bekannt sind diese Verhandlungen
ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer waren bereit, Steuerzulagen
in Höhe von 4 bis 5 Pfg. zu gewähren, die Arbeiterver-
bände haben es jedoch abgelehnt. Das Angebot ihrer Mitglieder zu
unterbreiten. Es ist ziemlich zweifelhaft, ob es noch einmal zu Ver-
handlungen kommt. Der Vertreter der Reichsregierung, unter dessen
Mittels die Verhandlungen stattfanden, erklärte, daß die Regierung
nicht weiter unterbreiten würde. Das kann heißen, daß
die Regierung den Dingen ihren freien Lauf zu lassen gedenkt, es
sei, ob sie nun eine gewisse Gelegenheit oder gar die Notwendigkeit
erregt, ihrerseits einzuschreiten und die Parteien zu neuen Ver-
handlungen zwingen zu lassen. Wird ein solcher Fall nicht ein, so
wird der Tarifkonflikt für das Baugewerbe ablaufen und die
Parteien werden aufsehen müssen, wie sich die Dinge ohne Tarif-
vertrag entwickeln.

In den Verhandlungen erklärten beide Parteien, daß ihnen an
der Fortdauer der Verhandlungen gelegen sei. Man darf diese Er-
klärung beiderseits für den ersten Ausdruck der vorhandenen Wünsche
halten. Daß es den Arbeitern damit ernst war, ist selbstverständlich;
sie sind immer Tarifrecht gewohnt und sind es angelehnt der
ungewissen Zukunft erst recht. Aber auch auf Seiten der Unternehmer
werden viele und gute Gründe für die Weiterführung der Tarif-
verträge. Die Organisation der Unternehmer des Baugewerbes hat
bisher so festen Zusammenhalt eingebracht. Was sie heute noch ge-
heißt, ist der Tarifkonflikt, der ihr als einem Träger der
sozialpolitischen Bedeutung und Wert verleiht. Ist der Tarif-
vertrag dahin, so verliert sie für viele ihrer Mitglieder den hohen
Wert, den sie heute noch als der Schutz gegenüber den Lohnansprüchen
der Arbeiter besitzt. Wenn die Verhältnisse wegen im Baugewerbe
sich abzuwickeln der bestehenden Tarifverträge bis Unternehmer der Not-
wendigkeit entbehrt, höhere Löhne zahlen zu müssen. Arbeiten für
den Betriebsbedarf im engeren und weiteren Sinne, daneben unan-
nehmliche Kosten für öffentliche und private Zwecke und die Arbeiter
an den Niedriglohnbedingungen des Offens erfordern eine Arbeiter-
kraft, die heute nur schwer noch aus dem Ausland zu beschaffen ist.
Inwieweit hat man schon in den neutralen Ländern Bauarbeiter an-
werben gesucht. Viele Bauaufträge werden aber zudem alle so
schwierig, daß der Unternehmerngewinn auch dann noch hoch genug
bleibt, wenn er durch eine halbwegs befriedigende Steuerzulage
vermindert werden sollte. Auf dieser hat sich die Unternehmernorgani-
sation bisher noch nicht auszuweichen können und so mußten die
Verhandlungen erfolglos bleiben; denn angesichts dieser tatsächlichen
Lage des Gewerbes sind die Arbeiter selbstverständlich willens, ihre
Ansprüche beharrlich mit allem Nachdruck, der in diesen
Verhältnissen möglich ist, zu vertreten.

Die Haltung der Unternehmer ist sehr kurzschichtig. Sie müssen
wissen, daß ihnen ein tarifloser Zustand weit unangenehm werden
wird als den Arbeitern. Aber schließlich reicht die Bedeutung dieser
Verhandlung weit über die beruflichen Grenzen hinaus, sie berührt die
ökonomische Gesamtsituation. Für alle Berufsstände hat man die Notwen-
digkeit höherer Preise anerkannt. Die Landwirte verdienen so reich-
lich, daß man nicht einmal eine Klasse von ihnen hört — was gewiß
keine Lüge ist. Der Handel erhält seinen wohlverdienten Gewinn
in allen Stufen. Die Rohmaterialien von Kriegswaren erfreuen
sich, wie sie selbst nicht leugnen, guter Gewinne. Die für öffentliche
Arbeiten arbeitenden Bauwerkstätten finden volle Beschäftigung aller
Betriebe erschwerenden Umständen. Und die Arbeiter? Den Ar-
beitern bietet man für eine Verzeigerung der Lebenshaltung um
mehr als 50 vom Hundert Steuerzulagen von 6 bis 10 Prozent!
Den Arbeitern, die schon vorher nur unter reichlicher Einschreibung
schwieriger Tage „durchhalten“ vermochten! Man mag sagen
was man will, sehr kurzschichtig ist das gerade nicht; und wenn es
drauf anläuft, den zur Verteidigung des Landes notwendigen Burg-
frieden bei den Massen des bedürftigen Volkes gründlich zu zerstören,

so wäre das Verhalten der Unternehmer in diesem Falle
höchst verwerflich. Ebenso, wie es das höchste Verfahren ist, um
mit den letzten Resten des Geldes vom 4. August auszuräumen. Auch
dieser Geist beherrscht schließlich die Werkschließung, eine Wahr-
heit, die schon Heinrich Heine ahnte, als er dichtete:

In hungrige Mägen Eingang finden
Nur Suppenlopf mit Knädelgeränden.

Man mag die Haltung des Unternehmertums als den natürlichen
Ausdruck wirtschaftlicher Klassenpolitik hinhinnehmen, als solcher stellt
sie jenseits von Gut und Böse. Aber die Reichsregierung sollte
daran denken, daß die Steine, die das Unternehmertum den Arbeitern
statt des verlangten Brotes zuwerfen möchte, in wertvolle Fenster-
scheiben liegen könnten.

Aus verschiedenen Zuschriften, die uns aus den Zahlstellen
unseres Verbandes zugehen, ist ersichtlich, daß die Kollegen über
den Beschluß des Verbandes deutscher Steinindu-
striellen sehr aufgebracht sind, indem „einstimmig“ beschloffen
wurde, Steuerzulagen abzulehnen. Unsere Mitglieder dürfen
überzeugt sein, daß die Verhandlungslage die weitere Behandlung
dieser Frage mit Nachdruck fördern wird.

Die Herren Steinindustriellen brauchen nicht zu denken, daß über
die Steuerzulagen etwa schon das letzte Wort gesprochen wäre.
Die Herren Unternehmer zeigten nicht einmal den guten Willen,
auch nur das geringste Entgegenkommen walten zu lassen. Die
Unternehmer haben doch schließlich vorauszusagen gewußt, daß sich
die Arbeiter mit einem solchen Beschluß, der einer Verhöhnung
gleichkommt, unter keinen Umständen einverstanden erklären können.
Wir erwarten, daß die Herren Steinindustriellen den unglücklichen
Beschluß baldigst revidieren möchten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Terrain speculation und Zinsen. — Bauplan Reformen.

Zur Regelung wichtiger Fragen des Grundstücksmarktes wird
in Preußen während des Krieges geordnet. Dabei handelt es sich
um Maßnahmen, die seit langen Jahren diskutiert und gefordert
wurden und deren sichere Ausführung schwerer Schäden hätte ver-
hüten können. Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes
am 1. März v. J. vorgelegt worden, dessen Grundlinien in der ersten
Lesung von den Vertretern aller Parteien als richtig und zweck-
mäßig anerkannt worden sind. Bisher war die Grundstücksschätzung
die private Angelegenheit der Hypothekengläubiger, für die, soweit Hypo-
thekendarlehen und andere Realien beauftragte Verhältnisse in Frage
kommen, wohl Bestimmungen der Beleihungsgrenze bestanden, die
aber in der Bewertung der zu beleihenden Grundstücke ganz nach
Belieben verfahren wurden. Gewiß müssen sie in jedem einzelnen
Falle Taxen anfertigen lassen, aber die Taxatoren werden in der
Regel bei ihren Schätzungen sich den ihnen bekannten Wünschen ihrer
Auftraggeber anpassen. In der Begründung des Schätzungsgesetzes
wird hervorgehoben, daß die tatsächlichen Überhörschätzungen
der Grundstückswerte fast zu einer typischen Erscheinung geworden
sind. Die angenommenen Werte beruhen eben auf willkürlichen
Taxen, die den Geschäftsinteressen der Terrain speculation ent-
sprechen. Je allgemeiner den Beleihungen von Grundstücken über-
mäßige Terrainpreise zugrunde gelegt wurden, um so mehr wurde
die weitere Preissteigerung gefördert und als schädlich begründet
hingestellt. Daß die Hypothekendarlehen und Lebensversicherung-
gesellschaften diesen Wünschen der Terrain speculation nachgamen, er-
klärt sich zu einem Teil daraus, daß die bedeutendsten Träger der
Terrain speculation gleichmacher in Hypothekendarlehen, Verleih-
ungsinstituten und Terrainspekulationen vertreten sind, in nicht
wenigen Fällen ist sogar eine vollständige Personation vorhanden.
Es kommt noch hinzu, daß bei erhöhten Beleihungen dem Hausbesitzer
hohe Zins- und Provisionsbedingungen auferlegt werden konnten,
denn je größer die Hypothekendarlehen waren, die die Hausbesitzer be-
trugen, um so leichter zeigte sie sich geneigt, lastspielige Bedingungen,
besonders in Form von Provisionen, zu bewilligen. Daß diese
Zustände auch verteuert auf die Mietten eingewirkt haben, bedarf
keiner weiteren Begründung, ebenso gewiß ist, daß die Überhörschätzun-
gen und Überbelehungen die in so zahlreichen Großstädten be-
stehende Krise des Grundstücksmarktes und Hypothekendarlehen außerordent-
lich verschärft, ja sogar ermöglicht haben. Für die Gläubiger der
Hypothekendarlehen ersten Ranges hat diesem Verfahren keine
wesentlichen Gefahren, denn sie verstanden sich auf jede Art und
Weise zu sichern, die Kosten für die Ausreitungen der Terrain-
speculation hatten die Fiskus der nachstehenden Hypothekendarlehen sowie
Hypothekendarlehen und Pächtern zu zahlen.

Einrichtung von öffentlichen Schätzungsämtern in Preußen.

Diesen Zuständen soll durch Einrichtung von Schätzungsämtern
ein Ende bereitet werden. Um eine Verwirklichung der besprochenen
Grundsätze zu sichern, werden die neuen Komittees der
Kommunalverbänden unterstellt und die Mitglieder der Schätzungs-
ämtern von den Organen der Selbstverwaltung bestellt werden. Von
der Ernennung zum Mitglied eines Schätzungsamts sollen Personen
ausgeschlossen sein, die gewerbetätig Grundstücke oder Hypotheken-
geschäfte vermitteln, ferner Mitglieder des Vorstandes oder des
Aufsichtsrats von Gesellschaften, die gewerbetätig den Erwerb oder
die Veräußerung oder die Beleihung von Grundstücken betreiben,
ebenso sind Angehörige solcher Betriebe von der Mitgliedschaft der
Schätzungsamts ausgeschlossen. Ingleich mit dem Gesetz werden
Verordnungen erlassen, wonach die dem öffentlichen Recht unter-
liegenden Beleihungsinstituten, Sparkassen, Hypothekendarlehen,
Lebensversicherungsgesellschaften, Genossenschaften usw. gemein-
sam sein sollen, bei Gewährung von Hypothekendarlehen sich an die Wert-
ermittlungen der Schätzungsämter zu halten.

Folgen von Überhörschätzungen und Überbelehungen. — Neuerungen
im öffentlichen Hypothekendarlehen. — Gründungen von Stadtkassen.

des Hausbesitzes unter den Wirkungen des Krieges in einer ganzen
Reihe von Städten natürlich stark verschlimmert, der Umfang der
Zwangsvorkaufungen wäre außerordentlich gewachsen, wenn nicht
zum Schutz der Schuldner eine Reihe von vorübergehenden Abmilde-
rungen der zahlenden Geleise erfolgte. Aber durch die Bewährung
längerer Zahlungsfristen und vorläufige Aufhebung von Zwangs-
versteigerungen wird die Endabrechnung nicht aufgehoben, sondern
nur aufgeschoben; es müssen einschneidende Maßnahmen erfolgen,
um schwere Erschütterungen der Grundstücksmarktsverhältnisse zu
verhindern. Nun erwies sich für alle replanten Klagen die Er-
langung einwandfreier Grundstückstaxen als eine unumgängliche
Notwendigkeit. Vor dem ist zu gewarnt es Schätzungsstellen
erforderlich, wenn an die Verwirklichung neuer Quellen für den städti-
schen Hypothekendarlehen herangetreten wird. Der Vorlage über die
Einrichtung öffentlicher Schätzungsämter ist ein Entwurf über die
Gründung von Stadtkassen gefolgt. Die „Stadtkassen“
sind als Gegenstück der preussischen Stadtkassen gedacht, die die
Kreditverbände von Gutbesitzern genannt werden, die in verschie-
denen Provinzen bestehen und durch Ausgabe von Pfandbriefen
unter solidarischer Haftung den Mitgliedern zu günstigen Bedingun-
gen Hypothekendarlehen gewähren. Aus Staatsmitteln sollen zur
Förderung der Bildung von Stadtkassen 10 Mill. Mark bereit-
gestellt werden; damit sollen Bestrebungen zur Festigung des städti-
schen Grundkredits unterstützt werden, hauptsächlich durch nachhaltige
Verbreitung der seitens des Gläubigers grundsätzlich unklügelbaren
Zugungshypothek, einer Kreditform, die dem Hausbesitz eine Schuld-
abföhrung ermöglicht und auch zu Zeiten einer Verfestigung des
Geldmarktes, wie sie nach dem Krieg zu erwarten ist, die Belastung
der Hypothek zu gleichmäßigem Zinsfuß sichert.

Gesundung des Bauplanes.

Sind die Stadtkassen also bezweckt, die Ausbreitung der
städtischen Zugungshypothek zu fördern, so sollen nach Kräften doch
auch die Hypothekendarlehen und andere Beleihungsinstitute zur Um-
wandlung der bisher ländlichen Hypothekendarlehen in Zugungshypotheken
veranlaßt werden. Selbstverständlich stehen einem solchen Prozeß
vielfältige Schwierigkeiten entgegen. Bei Umwandlung und Ver-
längerung von Hypothekendarlehen müssen Neuanschätzungen vorgenommen
werden; Schätzungen durch die neuen Schätzungsämter, für deren
Antritt der Entwurf übrigens zunächst noch keinen bestimmten
Termin vorsieht, dürften überwiegen zu Gunsten kommen, die
von denen der privaten Taxatoren erheblich abweichen; man muß
damit rechnen, daß die Wertveränderungen der Schätzungsämter sich
oft sehr viel niedriger stellen werden. Hier läßt sich mit einem
Schlage die Milderung nicht durchzuführen, der Hausbesitz kann nicht
allein für die Schäden der Terrain- und Bauplan speculation verantwort-
lich gemacht werden, deren Opfer er selbst vielfach ist. Aus Kreisen
des Baugewerbes und Hausbesitzes wird empfohlen, die Härten der
Übergangszeit durch die Bestimmung zu mildern, daß für die Til-
gung der Differenz zwischen der nach bisheriger Lage gewährten
und auf Grund der neuen Schätzung verringerten Beleihung ein al-
lmählicher Abbau vorgeschrieben wird. Eine Gesundung des Hypo-
thekendarlehen- und Grundstücksmarktes ist eine Angelegenheit von weit-
tragender Bedeutung, es wäre daher verfehlt, die vorgeschlagene
Gründung von Stadtkassen lediglich als eine Aktion zugunsten
des Hausbesitzes anzusehen, man muß schon den großen Kreis von
Allgemeininteressen, der hier in Betracht kommt, berücksichtigen. Je
mehr Ordnung und Kontrolle in den Grundstücksmarkts- und Hypotheken-
markt hineingebbracht wird, um so mehr Sandhaben bieten sich auch
für eine planmäßige Beeinflussung der Gestaltung des Mietpreises.
Ganz besonders sind die Arbeiter des Baugewerbes und der zahl-
reichen am Bauplan markt beteiligten Industrien daran interessiert,
daß die krisenhaften Verhältnisse am Grundstücksmarkts- und Hypotheken-
markt so bald als möglich geregelt oder doch wenigstens gemildert
werden, nachdem schon in Friedenszeiten Jahre hindurch die Bau-
tätigkeit in so manchen Großstädten durch die Folgen einer schranken-
losen Spekulation in erschreckendem Maße eingeschränkt worden war.
Mit der Gründung von öffentlichen Schätzungsämtern und der
Einrichtung von Stadtkassen natürlich nicht die Lösung der zahl-
reichen wichtigen Fragen zu erwarten, die aus dem Gebiet der Boden-
und Grundstückspolitik bestehen, so können die jetzt eingeschlagenen
Wege doch zu manchen nicht zu unterschätzenden Erfolgen führen.
Berlin, 22. Februar 1916. Julius Falst.

Der Mittellandkanal.

In Deutschland hat es wohl noch kein öffentliches Bauwerk ge-
geben, das vor und während seiner Fertigstellung so viel Erweiterun-
gen genötigt hätte wie der Mittellandkanal. Und wenn die Aus-
sicht auch während des Krieges nicht schweigt, so liegt das daran,
daß niemals so sehr offenbar wurde, wie notwendig wir wirtschaft-
lich und strategisch die fehlende Kanalstrecke von Hannover zur Elbe
gebrauchen. Der Ausbruch zur Förderung des Rhein-Weiser-Elbe-
Kanals beschlossene hat denn auch auf seiner kürzlich abgehaltenen
Generalversammlung erneut mit dieser Frage. Nicht weniger als
drei Vorträge wurden darüber gehalten. Der Baurat Couag aus
Berlin sprach rein referierend über die Vorteile und Nachteile der
beiden in Betracht kommenden Projekte. Das erste Projekt sieht eine
nördliche Umleitung über Neuhaubensleben vor, während nach
dem zweiten Projekt die Umleitung über Peine, Braunshweig,
Sildersleben angeht. In beiden Fällen könnten Stichkanäle nach
Sildersleben und Osterstadt gebaut werden. Die Mündung des
Kanals in die Elbe soll bei beiden Projekten einige Kilometer unter-
halb Magdeburgs liegen. Die Vorteile der nördlichen Linie wür-
den bei 230 Kilometer Länge 107 Millionen Mark betragen, die der
südlichen Linie bei 198 Kilometer Länge 130 Millionen Mark. Die
jährlichen Unterhaltungskosten sind auf 700 000 Mark, Beschäftigun-
gen 520 000 Mark berechnet worden. Wenn der Kanal im Jahre
1913 schon gebaut und in Betrieb gewesen wäre, so hätte er nach einer
sorgfältigen Berechnung eine Einnahme von 8,4 respektive 8,9 Mil-
lionen Mark ergeben. Wenn in nächster Zeit mit dem Bau des
Kanals begonnen würde, so könnte er im Jahre 1922 in Betrieb
gesetzt werden. Für das erste Betriebsjahr hat man nun eine Ein-
nahme von 10,8 respektive 13,3 Millionen Mark errechnet. Die
höheren Zahlen beziehen sich auf die südliche Linie. Nach den vor-
liegenden Berechnungen werde der Verkehr sich so entwickeln, daß
die gesamten Baukosten in neun Jahren getilgt werden könnten.
Nach Professor Nyanus aus Hannover wird die nördliche
Strecke der südlichen ganz bedeutend überlegen sein; bei „wennsoweit
es den Durchgangsverkehr angeht. Es ist allerdings sehr wahrschein-

Als daß der Verkehr zwischen den westdeutschen Industriegebieten und den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands schneller und stärker wachsen wird als der Verkehr; in diesem Falle würde die nördliche Strecke wegen der größeren Reichhaltigkeit der Schiffe den Verkehr verdienen. Nach den Berechnungen des Professors Franziskus würde sich innerhalb der ersten zehn Betriebsjahre der Durchgangs- und Verkehrsverkehre der nördlichen Linie wie 4 zu 1 stellen, und die Anzahl der Tonnenkilometer sogar wie 7 zu 1. Außerdem soll die nördliche Strecke auch die Anlage eines Seitenkanals nach Hamburg leichter ermöglichen, der dann, wenn die Elbe sehr niedriges Wasser führt, von der Schifffahrt benutzt werden könnte. Der Geheimrat Dr. Stemann aus Braunschweig suchte die Einwände gegen die südliche Linie zu widerlegen. Nur ihn kommt nicht in erster Linie der Durchgangsverkehr in Betracht, sondern jene Vorteile, die die allgemeine Landeskultur durch den Kanalbau haben würde. Die Südlinie führe durch ein industriell höher entwickeltes Gebiet als die Nordlinie. Die Verankerung nahm zum Schluss eine Resolution an, in der die Schaffung einer ununterbrochenen Wasserstraßenverbindung zwischen Ost- und Westdeutschland als ein unabwiesbare Notwendigkeit bezeichnet wird. Für die Volksernährung, die Beschaffung von Nahrungsmitteln und den Austausch der Produkte des Ostens und Westens würde der völlige Ausbau des Rhein-Weiser-Elbe-Kanals einschließlich der zugehörigen Strickkanäle ein unerschöpfbarer Gewinn sein. Anlaß dieser Erkenntnis tritt denn auch der Wunsch zur Förderung dieses Kanalbaues für einen möglichst raschen Ausbau des Südkanals ein. Das Lösungswort dieser Körperschaft ist also: „Gebaut wird er doch!“

Für unsere Kollegen ist es sehr wichtig, ob dem Wunsch nach dem Ausbau des Kanals Rechnung getragen wird. Ein derartiger Bau bringt immerhin recht bedeutende Arbeitsgelegenheit mit sich. Außerdem ist dabei zu beachten, daß der Kanal in seiner ganzen Länge vom Rhein bis zur Elbe für Torfentnahmestellen gebaut ist; die östlichen Wasserstrahlen lassen dagegen in der Regel nur Jahreserträge bis höchstens 600 Tonnen zu, in vielen Nebenkanälen sogar nur von 100 bis 150 Tonnen. Selbst der neuerbaute „Großschiffahrtsweg“ Berlin-Sektin ist nur für Röhre bis zu 600 Tonnen benutzbar. Ein Ausbau des Rhein-Weiser-Elbe-Kanals würde demnach ganz automatisch die Erweiterung und Regulierung der östlichen Wasserstrahlen nach sich ziehen. Dessenhalb werden dann die östlichen Arbeiter von den meisten dieser Kanalketten nicht so inständig ausbeipert wie vor dem Kriege, selbst auf die Gefahr hin, daß sie an diesen Bauten vorübergehend 10 oder 20 Pf. pro Tag mehr verdienen als die Großgrundbesitzer bezahlen, und selbst auf die Gefahr hin, daß dem Auslande durch die Beschäftigung deutscher Arbeiter an öffentlichen Bauten die Spannaue erschwert wird.

Die Gewerkschaften Unarns während des Krieges.

Unter ungarischer Arbeiter schreibt uns: Von einer Weiterentwicklung der Gewerkschaften während des Kriegesjahres kann nicht gesprochen werden, da der größte Teil der Mitglieder im Felde steht. Die Organisationen haben sich aber schnell der neuen Situation angepasst und zunächst ihr Augenmerk auf die Familienunterstützung der Einberufenen gerichtet.

Angesichts der Leistung zeigte eine starke Bewegung ein, mit dem Erfolge, daß in den meisten Fällen durchschnittlich Lohnserhöhungen von 10 bis 15 Prozent erreicht wurden.

Trotz geringerer Einnahmen konnten die Gewerkschaften alle Unterstützungsziele aufrechterhalten. Neben den ordentlichen Monatsleistungen leisteten sie auch außerordentliche Kriegszuschüsse.

An erster Stelle stehen die Buchdrucker, die seit Kriegsausbruch an Unterstützung bis Ende Dezember 1915 918 957 Kronen ausgegeben konnten. Zu dieser Summe feuerten die Prinzipale 68 000 Kronen bei. Die außerordentliche Unterstützung der freien Organisation betrug 74 000 Kronen, für erholungsbedürftige Soldaten 22 000 Kronen, für Familien der Eingezogenen 194 000 Kronen, in der Provinz wurden 29 000 Kronen ausgezahlt. Die außerordentlichen Unterstützungen erreichten dadurch die Höhe von 400 000 Kronen. Außerdem hat der Mutterverein der Buchdrucker 73 000 Kronen Krankenkassenunterstützung, 188 000 Kronen Invalidenunterstützung und 16 000 Kronen Arbeitslosenunterstützung gewährt. Andere im Kreise der Buchdrucker stehende Klubs und Vereinigungen haben ihren Mitgliedern zusammen 55 000 Kronen als Unterstützung zukommen lassen können. Wenn man in Betracht zieht, daß von den 7430 Mitgliedern 3852 Mitglieder (also 52 Prozent) eingezogen sind und die Provinzmitglieder verhältnismäßig wenig zu dieser nachhaften Summe beitragen konnten, dann steht die Leistung der Buchdrucker im Kriegsjahre als eine über alle Maßen große da.

Die Eisen- und Metallarbeiter haben ebenfalls viel im Interesse ihrer Mitglieder tun können. Neben die einzelnen Sammlungen steht noch eine Zusammenstellung, doch sei erwähnt, daß in 14 Betrieben die Arbeiter zusammen 766 000 Kronen den Familien der Eingezogenen zuwenden konnten. Dazu haben die Arbeiter der Eisen- und Patronenfabrik 57 000 Kronen und die Arbeiter der Gewehr- und Maschinenfabrik A.-G. 123 000 Kronen beigetragen. Es ist also sicher anzunehmen, daß die Eisen- und Metallarbeiter 1 000 000 Kronen während des Kriegsjahres an Unterstützungen erbracht haben.

Die Bau- und Steinarbeiter haben für ihre Mitglieder allein 42 000 Kronen aufgewendet, und zwar zweimal so viel als sie durch ordentliche Beiträge einnahmen. Neben 70 Prozent der Mitglieder leisten Kriegsdienste. Die Bauarbeiter verbrachten also die Folgen des Krieges am meisten. Die Holzarbeiter, deren Provinzmitglieder zum großen Teil eingezogen sind, gaben 300 000 Kronen für Unterstützungsarbeiten aus, die Schindlerarbeiter 45 000 Kronen. Die Buchbinder zahlten 51 000 Kronen im Jahre 1914 und 19 000 Kronen im Jahre 1915 an Unterstützungsarbeiten.

Während so die Arbeiter die größten Opfer brachten, hatten die Unternehmer das Bestreben, die schwere Zeit des Krieges in vollem Maße auszunutzen. Die Arbeiterkassen unternahm alles, dieses Bestreben in den unter Militäraufsicht stehenden Betrieben zu verhindern. In unzähligen Fällen wurden beim Handelsminister und beim Kriegsminister, oft mit Erfolg, Beschwerden dagegen erhoben.

Der Gewerkschaftsrat im Vereine mit der Sozialdemokratischen Partei, hat bald nach Kriegsausbruch die Regierung auf die große Arbeitslosigkeit aufmerksam gemacht und Hilfe verlangt. Es wurden auch im Interesse der Anwälte, Witwen und Waisen an das Ministerium Einsuchen gemacht. Auch auf die nach dem Kriege zu erwartende Arbeitslosigkeit wurde die Aufmerksamkeit der Regierung gelenkt. Gegen die Lebensmittellieferung wurde Beschwerde eingebracht, die endlich beseitigt wurde.

Die habsburgischen Arbeiter Ungarns haben also ihre Pflicht vollständig erfüllt und verhindert, daß die Kräfte ihre Weichen verloren. Das ist um so ersichtlicher, da erst nach dem Kriege die wichtigsten Klubs der Gewerkschaften entstanden. Die Organisationen in der schweren Zeit aufrechtzuerhalten, ist darum jedes Opfer wert.

Kriegstechnik und Militärwesen im Altertum.

Die Kunst der Alten, ihre Tempel, Pyramiden, Säulen und Statuen zu bauen, war noch für unsere Zeiten bewundernswürdige Leistungen, aber die Ausfindung dieser technischen Schöpfungen konnte nur durch unzählige, mühselige Ausprobieren Menschenleben bezahlt werden.

Das Bau- und Tempelwesen berichtet: Demot: Das technische Weltalter hat im Dienste des Königs Gempel drei Monate hindurch die Spitze von Gempel zum Ziel, nach

* Die hier angeführten Zahlen sind die „Gemeinen“, dem wir diesen Artikel entnehmen und auch für die Nachbarn unterrichten. Zu berichten.

rend eine gleiche Anzahl das über den Fluß gebrachte Baumaterial zum Bauplatz schafften. Und diese Maschinenbauer bauten vorerst zehn Jahre an dem Wege, auf dem sie die Steine zogen.“

In der Schifffahrt der Alten konnte die Kraft des Wassers und des Windes nur unvollkommen in den Dienst menschlicher Arbeit gestellt werden, der Mensch selbst mußte durch Ruderkraft das Schiff vorwärts bewegen. Jahrhundertelange blieb der Mensch hier noch die wichtigste Kraftmaschine. Noch der spanische Dichter Cervantes läßt Sancho, als dieser zum erstenmal auf einer Galeere fuhr und sah, wie der „Galeerenvogel“ die nackten Rücken der „Ruderknechte“ mit der Peitsche bearbeitete, um durch verzweifelte Kraftanstrengung dieser menschlichen Arbeitskräfte die Geschwindigkeit der Schiffe zu erhöhen, ausrufen: Nun, wenn dies nicht die Hölle ist, so ist es doch wenigstens das Begeheuer.

Unter diesem Zeichen der primitiven Menschenwirtschaft stand auch die Kriestechnik der Alten. Konrad Messing, der Historiker des Vereins Deutscher Ingenieure, hat unlängst in einem Festvortrag im Vindobener Museum der Meisterwerke der Naturwissenschaften und Technik auch die Kriestechnik der Alten erörtert. Die ersten großen archaischen Krieger verließen schon über eine weit vorgeschrittene Kriestechnik. Alle afrikanische Wandtafeln zeigen uns Belagerungsmaschinen, Wiber und Sturmböcke, die als treibende Kraft oft Hunderte Menschen beanspruchten. Als Dionysius von Syrakus seinen Heereszug gegen die Karthager unternahm, soll er zur Erfindung der Tortionsgeschütze angeregt haben. Er erhielt die hervorragendsten Ingenieure nach Syrakus, aus deren Gemeinschaftsarbeit sich dann die Geschütze des Altertums entwickelten, die als Treibkraft die Tortionspannung zusammengesetzter Sehnenbündel benutzten.

Die Krieger, die freier werden konnten, haben durch die Heberleistung ihrer kriegerischen Organisation sich die Feinde zur Unterwerfung gezwungen. Ein Beispiel liefert uns Rommen in seiner römischen Geschichte: Das römische Heer stand vor Karthago. Die Belagerer verlangten vollständige Entwaffnung. Alles Kriegsmaterial, alle in Privatbesitz befindlichen Waffen, 3000 Burgeschiffe und 200 000 volle Rüstungen wurden den Römern übergeben. Dann verlangten sie die Verstärkung der Stadt und Anhebung 15 Kilometer vom Meer entfernt. Bewaffnung erarbit die mehrfache Stadt. Die Römer warteten im Glauben, die Stadt werde sich schließlich doch ergeben, mit dem Angriff. Diese Zeit aber wurde dazu benutzt, um alle technischen Kampfmittel wieder herzustellen. Tag und Nacht wurde ohne Unterbrechung des Alters und des Geschlechts an Maschinen und Waffen gearbeitet und geschmiedet. Um Balken und Metalle zu erlangen, wurden die öffentlichen Gebäude niederverworfen. Um die für die Burgeschiffe notwendigen Sehnen heranzustellen, schoren die Frauen sich das Haar, in ungläubiger kurzer Zeit waren die Mauern und die Männer wieder bewehrt.

Die Römer mußten an den größten Begeerbauern aller Zeit gearbeitet werden. Sie hielten kein Land für erobert, das nicht durch Straßen gesichert war. Über 76 000 Kilometer auch technisch bewundernswert durchgeführte Straßen haben die Römer, und zwar in erster Linie die römischen Heere errichtet, Wege, über die zum Teil Jahrtausende spurlos dahingegangen sind. Von diesen Straßen hat man gesagt, sie gleichen Mauern, die auf die Seite gelegt wären.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben war eine entsprechende berufliche Schulung notwendig. Die römischen Heere der Kaiserzeit besaßen besondere technische Truppenteile, die die Kriegsmaschinen und Waffen insstand zu halten hatten. Diese technischen Truppen wurden möglichst den technischen Berufen entnommen. Zimmerleute, Wagenbauer, Schmiede bildeten den Hauptteil. Dazu kamen die Spezialisten, die Schloßer, Dornische, Bienen und Welle sowie Burgeschiffe anzufertigen verstanden. Abgesehen von diesen der Truppe angegliederten technischen Schulen arbeiteten die römischen Krieger liberal im Reich große kaiserliche Waffenfabriken. Die Arbeiter genossen besondere Vorrechte. Sie wurden von allen Amtlasten befreit mit der Bedingung, daß zur Erlernung der Kunst Ruhe vorzuziehen ist. Vier finden wir auch aufgezählt: Bauhilfen, Metallarbeiter und Mechaniker. Sie werden angehalten, sich selbst weiter zu bilden, aber auch für die Erziehung des Bruders Nachwuchses besorgt zu sein. Bemerkenswert ist, daß auch alle diese in den Waffenfabriken arbeitenden Männer vollständig militärisch organisiert waren. Sie hatten ihre bestimmte Dienstzeit und wurden als Soldaten behandelt. Nach Ablauf ihrer Dienstzeit wurde für sie nach Möglichkeit gesorgt. Das Abziehen ihrer besonderen Verwendung trugen sie, der damaligen Zeit entsprechend, eingebrennt auf dem Arm wie die Rekruten.

Aber trotzdem war diese Kriestechnik der Alten primitiv in ihrer Menschenwirtschaft. Die Kriegsschiffe der Alten, die berüchtigten antisthenischen Trieren, mußten durch Ruderkraft, durch die oft übermenschlichen Anstrengungen der Galeerenknechte vorwärts bewegt werden. Die Belagerungsmaschinen, Wiber, Sturmböcke, waren als Kriegswerkzeuge Zusammenballung von Menschenkraft. Im Zeughaus zu Berlin befinden sich Modelle antiker Geschütze, die der Hauptmann Schramm rekonstruiert hat. Die Schußkraft beruht auf der Spannungsgelastigkeit gedrehter Festschnen. Abgeschossen wurde der Pfeil, die Steinhaue oder das Bleigeschloß, die Schußweite betrug 370 Meter, eine Leistung, die für die damaligen Verhältnisse gewiß beachtenswert war. Aber alle diese Geschütze waren genau so wie die Armbrust, Schemer und Speer: sie wurden von der Hand geführt, in der Leistungsfähigkeit und Körperkraft des Menschen selbst hatten sie ihre Grenzen. Die Spannkräfte der Tortionsgeschütze mußte erzeugt werden, indem die Sehnen zusammengedrückt wurden, um dann die aufgespeicherte Spannkräfte plötzlich wieder freizugeben.

Von der Kriestechnik der Alten können wir deshalb sagen: trotz der oft bedeutungsvollen erzielten Gesamtwirkungen ist die Menschenverwertung primitiv. Der Mensch ist im Arbeitsvorgang unmittelbare Kraftmaschine, die Steigerung der Leistungen, die Erzielung großer Gesamtwirkungen ist nur durch die Zusammenballung vieler menschlicher Kraftmaschinen möglich gewesen.

Korrespondenzen.

Ehringsdorf. Am 20. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Zum 1. Punkt, Jahresbericht, gab der Vorsitzende einen Überblick und betonte, daß der Krieg gerade in unseren Orten aufs Gewerbe ungünstig einwirkte. Zum 2. Punkte eingezogen sind 13 Kollegen, gefallenen ist ein Kollege (Otto Pilgrimm). Anschließend berichtet der Vorsitzende noch über seine Tätigkeit im Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse und macht aufmerksam, wenn ein Kollege Beschwerden über einen Arzt oder eine Kasse selbst hat, so soll er dieselben schriftlich an den Vorstand einreichen. Kleinlich soll man den Ärzten gegenüber jetzt aber auch nicht sein. Zum 3. Punkte, Kassenbericht, erklärt man, daß die Kasse mit ihren paar Groschen das Jahr über gut gewirtschaftet hatte, um Weihnachten den Kriegern und deren Familien abermals eine kleine Fremde bereiten zu können. Natürlich wurde da die Kasse blank gemacht. Im 3. Punkte, Tarifangelegenheit, wurde beschlossen, den Tarif zu kündigen und, da die Lebensmittelpreise um 150 Prozent bis 300 Prozent gestiegen sind, eine dementsprechende Lohnzulage zu fordern. Mit verschiedenen Unternehmern in Ehringsdorf hatte die Kasse zwei Jahre lang einen Tarif vereinbart. Daß diese den Krieg nun auch für sich ausnützen, konnte man so richtig erfahren. Für Stühle, die im Frieden 11 bis 15 Mk. kosteten, bieten sie heute 7,50 Mk.

Mittweide. Endlich, nach einem halben Jahr Ruhe, ohne Versammlung, taute am 19. Februar eine Mitgliederversammlung im „Volkshaus“ auf. Der jetzige Mitgliedszahl angemessen, war dieselbe gut besucht. Im Punkte 1 gab der Vorsitzende den Jahresbericht und gedachte der vier Kollegen, welche im Felde gefallen und eines Kollegen, der in der Kasse gestorben ist. In Ehren der gefallenen Kollegen erhoben sich die Mitglieder von ihren Plätzen. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß im Jahre 1915 1398,50 Mk. Unterstützung an die Kollegen bezw. an die Frauen der im Kriege befindlichen ausgezahlt wurden. Aus der Sozialkasse wurden 418 Mk. verausgabt und aus der „Vorkasse“ erhielten die Kollegen über deren Namen 225,50 Mk. Es ist dies wohl eine

Leistung bei der fehlenden Mit-Hilfsgeld in der Kasse sowie im Steinmetzenverband. Am Ende des Jahres 1914 hatten wir in der Kasse noch 116 Mitglieder, am Ende 1915 nur noch 62, jedoch im Laufe des Jahres 54 Kollegen eingezogen wurden. Der Kassenbericht erstattete der Kollege Paul Schröder. Er wies in seinem Bericht darauf hin, daß die Kasse immer stabil geblieben ist und für erste die Kollegen sowie die Unterkafler auf, auch fernerhin ihre Pflicht zu tun, damit unsere Kollegen, wenn sie aus dem Felde zurückkehren, kein leeres Nest vorfinden. Auf Antrag wurde dem Kassier Entlassung erteilt. Im weiteren wurden Wahlen vorgenommen. Als Kassier wurde Franz Lehinger und als Kassenbelegierter Kurt Hofmann gewählt. Es wurden noch einige gewerkschaftliche Sachen erledigt und damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Rundschau.

Das eiserne Kreuz 2. Klasse hat H. Müller aus der Zahlstelle Prenzlau erhalten. Das Verdienstkreuz 2. Klasse erhielt der Unteroffizier Kollege Johann Gebelein aus Bobenargen (Fichtelgebirge).

Allgemeine Bekanntmachungen.

Namen. Das Mitgliedsbuch Nr. 6589, lautend auf den Namen Ernst Naumann, ist verloren gegangen. Der Mißbrauch wird gewarnt. Karl Biele, Vorsitzender.

Adressen-Veränderungen.

Gemalt. Kass.: Anton Waldau, Feldstraße 26, H. III.

Anzeigen

Steinmetzen und Profilarbeiter zum sofortigen Eintritt bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht. **Rupp u. Möller** Marmor-, Granit- und Syenitwerke, Karlsruhe L. 1.

Tücht. Steinhauer u. Spalter für dauernde Arbeit bei guten Arbeitslöhnen in unseren Betrieben. **Schwarzwalder Granitwerke Koderle u. Contini, Buhl.**

Tücht. erfahrenen Sägemelster suchen für sofort. **Reil u. Co., Granitwerk** Dresden-Renstabl, Leipziger Straße 81.

Mehrere tüchtige Steinmetzen und Granitschleifer für dauernde Arbeit gesucht. **Karl Reinig, Granitwerk, Seefeld-Rosbach 9/mkt.**

Granitsteinmetzen, Maschinen- u. Handschleifer stellt für dauernde Beschäftigung bei hohem Arbeitslohn ein. **Melzer-Zocher-Granitwerk (Georg Wold)** Melzer-Zocher-Granitwerk L. 1.

Zwei tüchtige Steinmetzen für Grabsteinarbeit sofort gesucht. **Schiffhauer und Verzierungsarbeiter bevorzugt. Stundenlohn 80-90 Pf. Arbeit dauernd.** **Fr. Hilgendorf, Salau (N.-O.).**

Im Felde gefallen

- Nachfolgende Kollegen:
- Georg Reini, 28 Jahre alt, aus dem Bezirk Schwarzenbach (Mkt).
 - Heinrich Rödel, 33 Jahre alt, aus dem Bezirk Schwarzenbach (Pilgramsdorf).
 - Emil Jähne, 38 Jahre alt, aus der Zahlstelle Pirna.
 - Paul Heinrich, 29 Jahre alt, aus der Zahlstelle Senz.
 - Oskar Heilmann, 39 Jahre alt, aus der Zahlstelle Jannowitz.
 - Hermann Krieger, 30 Jahre alt; Max Heider, 23 Jahre alt; beide aus der Zahlstelle Würzen.
 - Georg Gewinner, 28 Jahre alt, aus der Zahlstelle Mohnd.
 - Paul Häbner, 39 Jahre alt, aus der Zahlstelle Dresden, im Lazarett an Lungenerkrankung gestorben.
 - Nikolaus Hütendorfer, 29 Jahre alt, aus der Zahlstelle Böhlsberg.
 - Paul Kluge, 39 Jahre alt, aus der Zahlstelle Zetzig L.

Ehre ihrem Andenken!

(Wir erfragen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanstellungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

- (Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einlangt werden.)
- In Berlin am 18. Februar **Gottlieb Stäble**, 47 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
 - In Fachsenbach a. M. am 17. Februar **Anton Schwarz**, 43 Jahre alt, an Herz- und Nierenleiden.
 - In Gommern am 19. Februar **Gottlieb Baummann**, 65 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
 - In Häslich t. Schl. am 19. Februar **Adolf Gode**, 42 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
 - In Heilbronn am 20. Februar **Friedr. Schilpp**, 42 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
 - In Mainz am 20. Februar **Johann Stechen**, 58 Jahre alt, an Magenleiden.
 - In Meß am 2. Februar **Matthias Steinmetz**, 65 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
 - In Neusalza bei Spremberg am 15. Februar **Alot Behringer**, 42 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Starke, Leipzig. Berlin von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.